„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1885 Hakking Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta.:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at the office and place of business, 1885 Halifax Street, Regina, Sask., Can. All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Vergeßt der Väter Taten nicht!

Ein Volk, das seine eigene Geschichte nicht kennt und nicht achtet, verdient nicht, ein Volk genannt zu werden. Ein Volk, das seine Vorfahren vergißt oder in Vergessenheit geraten läßt, verläßt den Mutterboden, auf dem es groß und stark und ruhmreich geworden ist, aus dem es seine Kräfte für Gegenwart und Zukunft zieht. Eine Generation baut sich auf der anderen auf, wie sich bei einem Gebäude Stein auf Stein fügt. Wer sich hingegen von seinem Volke loslöst oder lossagt, ist nur wertloses Treibholz, das vom Strome der Zeit weitschlungen wird und schmählich untergeht. Jene Männer und Frauen aber, die sich ihrer Zugehörigkeit zu einem großen Volke froh und stolz bewußt bleiben, sind wertvolle Glieder der Menschheit, sind auch im fremden Lande loyale Bürger, weil sie ihr volkliches Pflichtbewußtsein mit den vom neuen Staate geforderten Pflichten nach bestem Gewissen in Einklang zu bringen suchen.

Solche Gedanken bewegen uns, wenn wir heute an unsere deutsch-canadischen Freunde appellieren: Vergeßt der Väter Taten nicht! Oder soll das, was unsere deutschstämmigen Pioniere unter unendlichen Mühen, Sorgen und Entbehrungen im canadischen Westen aufgebaut haben, der Vergessenheit anheimfallen? Die im „Courier" und in anderen deutschsprachigen Blättern des Westens veröffentlichte „Rundfrage an alle deutschen Siedlungen" hat bereits eine solche Fülle von Material eingebracht, aus dem sich ganz schon deutlich ersehen läßt, welch interessante, wertvolle und reiche Geschichte das westcanadische Deutschtum aufzuweisen hat. Noch sind bei weitem nicht alle deutschen Siedlungen des Westens durch Beiträge vertreten. Doch der Anfang ist gemacht. Hoffen wir, daß auch die anderen Siedlungsbezirke dem guten Beispiel in Bälde folgen werden.

Vor dem Kriege ist, auf dem Gebiete der auslandsdeutschen Geschichtsforschung leider viel versäumt worden. Umso eifriger hat man sich dessen in der Nachkriegszeit bemüht, wofür auslandsdeutsche dem Deutschen Auslands-Institut in Stuttgart ein Wort herzlichen Dankes ausgesprochen sei. Eine ganze Reihe von Schriften der bezeichneten Art ist dort bereits erschienen. Neuerdings hat sich das genannte Institut auch der Erforschung des canadischen Deutschtums zugewandt. Dr. Heinz Lehmann hat nämlich ein Buch „Das Deutschtum in Ost-Canada" herausgegeben, das nach einer Mitteilung des Auslands-Instituts in Stuttgart das Deutschtum in den fünf östlichen Provinzen, den Seeprovinzen sowie Quebec und Ontario nach Aktenstudien behandelt. (Das Buch ist zum Preise von 3 Mark 80 Pf. von der Auslands und Heimat-Verlags A.-G., Stuttgart, Deutschland, zu beziehen).

In der Preiskorrespondenz des erwähnten Instituts wird noch folgendes dazu bemerkt:

„In seiner Bedeutung für die Entwicklung Canadas und für die Beziehungen Canadas zum Deutschen Reich ist das Canada-Deutschtum lange verkannt worden. Das ist auch eine Folge der starken Assimilierungspolitik der englischen Canadier, die gegenüber den aus fast allen Teilen der Welt nach Canada kommenden deutschen Einwandrern leichtere Arbeit hatte als gegenüber den ursprünglichen Herren des Landes, den innerlich geschlossenen Franko-Canadiern. Das Deutschtum Canadas teilte damit das Schicksal des Deutschtums in anderen englischen Dominions (Südafrika und Australien), das, zwar an Zahl weit geringer, sich über ähnlich weite Länderstrecken verteilt. Und doch nimmt unter diesen Einwanderungsländern Canada eine besondere Stellung ein. Es liegt dem deutschen Mitteleuropa räumlich näher, es vermochte daher weit früher und häufiger deutsche Einwanderungsströme anzuziehen, es besitzt auch, im Unterschied von Südafrika und Australien, eine 6000 Meilen lange gemeinsame Grenze mit dem größten Einwanderungsland und Einwandererstimmelzkessel der Welt, den Vereinigten Staaten von Amerika; gerade diese haben schon früh von ihrem Ueberfluß an Einwanderern an Canada abgegeben. Die ältesten Teile des Deutschtums Canadas können auf eine Entwicklung von 180 Jahren zurückblicken; es ist also älter als das von Südafrika und Australien, auch mitgestaltiger nach seiner Herkunft und Einstellung zum deutschen Mutterlande. Ein verhältnismäßig starker Hundertsatz ist aus Rußland, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz und den Ver. Staaten eingewandert. Mit seinen 2 bis 400,000 Seelen ist es eine weit größere Minderheit, als sie irgendein anderes englisches Dominion aufzuweisen hat, eine Minderheit, die in der fünffach stärkeren Masse des Franko-Canadiertums heute im Kampf um die primitivsten Minderheitenrechte einen wertvollen Bundesgenossen besitzt."

Diese Worte des Auslands-Instituts gelten zum Teil nicht nur für den Osten, sondern auch für den Westen Canadas. Hier ist die deutsche Siedlungsgeschichte noch jüngeren Datums und daher vorläufig noch leichter zu erfassen, während es in zehn oder fünfzehn Jahren bedeutend schwieriger sein wird, das nötige Material zu gewinnen. Im Westen haben wir in deutschstämmigen Pionieren oder deren unmittelbaren Nachkommen noch lebendige Zeugen, sodaß wir hier nicht auf tote und mitunter unzuverlässige oder unvollständige „Akten" angewiesen sind. Wir können hier noch aus dem vollen Leben schöpfen, können die Entwicklung von den ersten Anfängen bis zur Gegenwart verfolgen und so bei Mitarbeit weitester Kreise ein Geschichtsbild erhalten, das an Wahrheitstreue und Genauigkeit wohl nicht überboten werden kann.

Benützen wir diese Gelegenheit, indem wir aus dem Reigen der Mitarbeiter bei Sammlung der Geschichte des westcanadischen Deutschtums ausscheiden. So können wir durch gemeinsame Bemühungen ein Werk schaffen, das für unsere Kinder und Kindeskinder eine stete Mahnung sein wird, stolz zu sein auf ihre deutsche Abstammung und dankbar zu sein für die Pioniertaten der Väter, die in einer unwirtlichen Wildnis auf der Prärie und im Busch eine neue Heimat für sich und spätere Generationen mit gottgläubigem Vertrauen, durch deutsche Tüchtigkeit und deutschen Familiensinn geschaffen haben.

Angst vor der deutschen Konkurrenz?

Eine eigenartige „Entdeckung" glaubt der Nationalsozialistische Pressedienst gemacht zu haben. Danach sollen deutsche Firmen mit der Ausführung sehr wichtiger Arbeiten für die Grenzbefestigung in Elsaß-Lothringen betraut sein, zum Teil noch betraut werden.

Die betreffenden deutschen Unternehmungen leiteten Verhandlungen mit französischen Unternehmungen, die nichts über das gewünschte Material verfügten, ein. An Franzosen gegebene Aufträge würden so weiter vergeben, und zwar zu den von deutschen Ingenieuren vorgeschlagenen Preisen, die meist unter den andren Preisanschlägen liegen. Sobald das Geschäft abgeschlossen sei, erscheine die deutsche Firma an Ort und Stelle mit deutschen Maschinen. Das leitende Personal sei deutsch, die Werkführer und Aufseher seien Deutsche, und es handle sich nur noch dem Namen nach um ein französisches Unternehmen. Kürzlich erst habe eine Essener Firma unter geschickter Maskierung sich mit dem Bau einer Militärbrücke in der Gegend von Metz beauftragen lassen. Maginot habe davon Wind bekommen und noch kurz vor seinem Tod den Auftrag zurückziehen lassen. Zur Zeit bereite man die Arbeiten für den viergleisigen Ausbau der Eisenbahnlinie von Saarburg nach Avricourt vor. Es handle sich hier um Arbeiten rein strategischen Interesses. Unter der Decke einer französischen Firma seien die Deutschen samt ihrem Material und deutschem Personal eingetroffen. Von den beiden Ingenieuren, welche die Oberaufsicht hätten, sei der eine ein Preuße aus Saarbrücken, der andere ein Württemberger. Die Maschinen seien ebenfalls preußisches Fabrikat. Erst am 28. Januar habe sich dieselbe Firma, die diese Eisenbahnarbeiten ausführen lasse, um den Bau der neuen strategischen Linie von Hagendingen nach Wigingen beworben, und aller Wahrscheinlichkeit nach gedenke das Kriegsministerium sie damit zu beauftragen.

Aus dem Stil dieser Mitteilungen im „Matin", wo stark mit dem Hinweis darauf gearbeitet wird, daß die deutschen Ingenieure wohl als Offiziere in der deutschen Armee gedient hätten, ergibt sich ohne weiteres, daß nicht etwa bloß ängstlicher Patriotismus, sondern Wettbewerbsneid die Feder geführt hat.

Ein bolschewistisches Lesebuch.

Welcher Geist planmäßig in dem sowjetrussischen Schulsystem gezüchtet wird, enthüllt mit aller Offenheit das Lesebuch der Wolgadeutschen Sowjetrepublik „Neuland", worüber die Wiener „Schulreform" (1931, S. 595) berichtet. Im Vorwort dieses Lesebuches heißt es: „Das vorliegende Buch will vor allem neues belletristisches Lesematerial in kommunistischem Sinne bieten ... Das Hauptziel des Buches ist, dem Kinde in der Ausgestaltung seiner gesellschaftlich-kommunistischen Weltauffassung zu Hilfe zu kommen ... Klassenkampf als Triebkraft der Geschichte, die Arbeit als Rückgrat der Gesellschaft: auf das alles soll unvermerkt ständig hingewiesen werden. Der Lehrer hat den Lesestoff marxistisch auszulegen ..." Noch deutlicher sind die an die Kinder gerichteten Worte: „Liebe Kinder! ... Ihr werdet die nach Sowjetrußland sehnsüchtig gestreckten Arme, die auf Sowjetrußland stolz und strahlend gerichteten Blicke eurer eigenen Klasse wahrnehmen ... Ihr sollt die dummen, bösen und komischen Gespenster der Vergangenheit, den alten Aberglauben von Göttern, Heiligen und Zaren und dergleichen mit heller Stimme aus der Welt lachen und fröhlich und arbeitslustig ... das kräftige Lied ... der Völkerbefreiung in die schöne, weite Welt hineinsingen." — Dem Vorwort entspricht der Inhalt des Buches, aus dem wir folgende Teiltitel herausheben: 1) Die Arbeit hoch. 2) Feinde der Menschheit: 1. Religion (!). 2. Herrscher. 3. Imperialismus. 4. Eigentum. 5. Alkohol. — 3) Wissen ist Macht: 1. Mutter Natur erzählt. 2. Aus der Geschichte. — Im Inhaltsverzeichnis ist jedem Lesestücke eine kurze Charakteristik beigegeben. Zum Beispiel Nr. 24. „Als ich das erstemal auf dem Dampfwagen saß. Erzählung von Rojegger ... Diese Erzählung spielt sich in der Zeit des Erscheinens der ersten Eisenbahnen ab. Wie dumm auch so ein religiöser, abergläubischer Bauer sein kann! Aber die neuen Ereignisse öffnen auch seine Augen. Er bekommt mit der Zeit Respekt vor diesen Erfindungen und erwartet nicht alles von den „höheren Mächten." Nr. 39. „Lenin von Kelen-Fried. Ihr müßt ihn nicht nur lieben, Kinder, sondern auch wissen, was er für uns und das ganze Proletariat bedeutet. Nennt euch stolz Jungleninen!" — Arme Kinder!

Weltumschau

Für und gegen Hindenburg. Allem Anschein nach wird von Hindenburg in dem kommenden Wahlkampfe wiedergewählt werden, und die allgemeine Annahme ist, daß er sich nicht als Kandidat zur Verfügung gestellt haben würde, hätte er mit der Möglichkeit einer Niederlage gerechnet. In den letzten Wochen hat der Reichspräsident wissen lassen, daß er nur Kandidat sein würde, wenn das Volk es verlange. Seither haben 2,500,000 eine Petition unterzeichnet, in der eine Volkskandidatur Hindenburgs verlangt wird.

Als seine Gegner in der Wahl dürften ein bislang noch nicht genannter Kandidat der Nationalsozialisten und der Kommunist Ernst Thälmann auftreten, der in der Wahl von 1925 fast 2,000,000 Stimmen erhielt und in diesem Jahre mit mehr rechnen kann.

Die Führer der Bewegung für Hindenburg schätzen, daß der greise Reichspräsident wahrscheinlich 18 bis 19,000,000 Stimmen erhalten dürfte, gegen eine Gesamtopposition von ungefähr 12 bis 14,000,000 Stimmen. Bei dem gegenwärtigen Stand der politischen Lage in Deutschland lassen sich natürlich nur Vermutungen aufstellen.

Der Reichstag wird am 23. Februar zusammentreten und dann das Datum der Wahl festsetzen. Es ist vorgeschlagen worden, den ersten Wahltag für den 13. März anzusetzen. Sollte ein zweiter Wahlgang nötig werden, so ist dafür der 19. April vorgeschlagen worden.

Der Ankündigung des Reichspräsidenten folgte eine Erklärung von Geheimrat Alfred Hugenberg, dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, in der gesagt wird, daß seine Partei ihre Stimmen nicht für Hindenburg abgeben könne, wie sie es im Jahre 1925 getan habe. Vermutlich wurde die Stellungnahme der Deutschnationalen dadurch veranlaßt, daß Hindenburg die von der Rechtsopposition als Preis ihrer Unterstützung gestellte Bedingung zurückwies, Reichskanzler Heinrich Brüning fallen zu lassen.

In Adolf Hitlers Hauptquartier in München wurde die Erklärung abgegeben, daß die Nationalsozialisten Reichspräsident von Hindenburg in der Wahl nicht unterstützen könnten, weil er sich mit den „schwarz-roten Parteien des Zusammenbruchs" identifiziert habe. „Wenn Reichspräsident von Hindenburg sich dazu entschlossen hätte, Schulter an Schulter mit der Majorität des deutschen Volkes zu marschieren, um dem System des Niedergangs ein Ende zu machen, so hätten wir zu ihm gehalten", heißt es in der nationalsozialistischen Erklärung.

Die Front gegen Hindenburg wurde bereits vorher durch eine Erklärung des Stahlhelms klarer gezeichnet, daß die Organisation, der der Reichspräsident als Ehrenpräsident angehört, nunmehr freie Hand habe, nachdem von Hindenburg die als Bedingung für seine Unterstützung gestellte Forderung abgelehnt habe. General Rüdiger von der Goltz, der Vorsitzende der vereinigten vaterländischen Verbände, erließ eine Erklärung, in welcher gesagt wird, daß die Organisation Hindenburg bis zum bitteren Ende bekämpfen müsse, weil er den Youngplan unterzeichnet habe. Die Deutsche Volkspartei, zu deren Begründern der verstorbene Reichsaußenminister Dr. Gustav Stresemann gehörte, hat die eigenartige Haltung proklamiert, daß sie wohl für Hindenburg, aber gegen Brüning sei.

General Rudolf von Horn, der Präsident des Kyffhäuser-Bundes, der Organisation der alten Feldzugsteilnehmer, erließ einen Aufruf an die 5 Millionen Mitglieder der Organisation, und forderte sie auf, den Präsidenten, ohne Ansehen der Partei, zu unterstützen. „Laßt uns als alte Soldaten unserem Ehrenpräsidenten das Vertrauen schenken, das er verdiente," heißt es in der Erklärung, „und das Zutrauen, das er zu uns hat, erwiedern! Darf uns Hindenburg nicht im Stich lassen!"

Andere nationale Organisationen, wie der Jungdeutsche Orden, verschiedene religiöse Gemeinschaften und die gemäßigten Rechtsparteien stellen sich hinter seine Kandidatur. Viele hervorragende Männer der Rechtsradikalen unterschrieben die Petition des Oberbürgermeisters von Berlin, für die aus dem ganzen Reich schon an 3 Millionen Unterschriften eingelaufen sind.

Sturz der Laval-Regierung. Nach einer Abstimmung im französischen Senat, die von Gelächter und Tumult begleitet war und mit einer Minorität von 23 Stimmen für die Regierung abschloß, ist das Ministerium Lavals zurückgetreten. Man glaubt jedoch nicht, daß die Kabinettskrise die französische Außenpolitik, besonders mit Bezug auf Abrüstung und Reparationen, beeinflussen wird. Der Senat verwarf die Vertrauensfrage mit 157 gegen 134 Stimmen. Der Premier hatte verlangt, daß die Debatte über Fragen der allgemeinen Politik bis nach dem 19. Februar vertagt werden sollten, damit wichtige Verhandlungen, die gegenwärtig auf der Genfer Abrüstungskonferenz geführt werden, nicht beeinträchtigt würden. Er hatte dieses Ersuchen zur Vertrauensfrage gemacht.

Eine Stunde nach der Abstimmung im Senat führte Premier Laval sein Kabinett nach dem Elysee-Palast und reichte dem Präsidenten Paul Doumer die Resignation der Minister ein.

Politische Beobachter erklären, daß die Revolte im Senat auf Unzufriedene des linken Flügels zurückzuführen war, die Laval den Vorwurf machten, daß er die Annahme der Wahlreformvorlage in der Kammer begünstigte, durch die den Frauen Stimmrecht bei den Kammerwahlen gegeben wird.

Auch Unzufriedenheit über die Ausschaltung von Aristide Briand als Außenminister dürfte eine Rolle gespielt haben. Letzten Endes dürfte jedoch Unzufriedenheit mit dem Ergebnis der Washingtoner Reise des Premiers die Ursache der Niederlage gewesen sein. Die Gegner Lavals verübeln es ihm, daß er in den Besprechungen mit Präsident Hoover kein Abkommen über Reduzierung der Kriegsschulden im Verhältnis zu etwaigen Beschneidungen der deutschen Reparationen erzielte. Die französische Delegation in Genf ist durch die Resignation der Regierung einstweilen gestrandet.

Frankreich und Italien. Die in Genf tagende Abrüstungs-Weltkonferenz hat als vorläufiges Ergebnis eine Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen der französischen und der italienischen Delegation über ihre Flottenstreitfragen gebracht. Die Zuversicht bestärkt sich, daß die hier eingeleiteten Konferenzen zu einer Verlängerung des Londoner Flottenvertrags von 1930 führen und eine Grundlage für weitere Abrüstung aller Seemächte beschaffen würden.

Der französische Kriegsminister Andre Tardieu und der Außenminister Dino Grandi sind zwecks Erwägung der Streitfragen bereits zusammengekommen und ihre Besprechungen werden zu weiteren Verhandlungen zwischen den beiden Marine-Sachverständigen Frankreichs und Italiens, Rene Massigli und Augusto Rosso, dienen.

Die Verhandlungen werden auf Basis der fruchtlosen Abmachung zwischen Italien, Frankreich und England von 1930 geführt werden. Die Hauptpunkte, die zu erledigen sind, betreffen die Frage von Ersatzbauten für veraltete Kriegsschiffe, eine Frage, die zum schließlichen Scheitern des Vertrages von 1930 führten.

Die Franzosen haben eine verhältnismäßig große Zahl von Schiffen, die bald veraltet sein werden. Ihrerseits wird das Recht auf Ersatzbauten beansprucht, von den Italienern aber, deren Flotte mehr modern ist, wird ein solcher Anspruch bestritten. Der italienische Standpunkt für gleiche Wehrkraft im Verhältnis zu allen andern Kontinentalmächten Europas wird sich vielleicht berücksichtigen lassen, und zwar in Form einer Vereinbarung über annähernde Gleichstärke, die allmählich sich erreichen ließe.

Die Abrüstungskonferenz verfolgt diese Verhandlung mit großem Interesse, zumal der französisch-italienische Flottenstreit eines der schwierigsten Abrüstungsprobleme ist, dessen Lösung auch ein Uebereinkommen der beiden Mächte über Land- und Luft-Streitkräfte zeitigen mag.

Gegen Carols Regierung. Der rumänische General Alexandru Averescu, ein ausgesprochener Gegner der Regierung des Königs Carol, hat die Politiker durch einen Zeitungsartikel erneut in Aufregung versetzt, in dem er erklärt: Könige hätten Throne infolge von Situationen verloren, die der Rumänien glichen.

Früher hatte General Averescu in öffentlichen Reden erklärt, daß Carol nicht die Hoffnungen erfüllt hätte, die man bei seiner dramatischen Rückkehr auf den Thron im Jahre 1930 an ihn knüpfte.

Seine letzte Kritik hatte eine leichte Entgegnung seitens des Ministerpräsidenten Jorga zur Folge, der im Parlament erklärte, er wisse kaum, ob er den Wink des Generals als Scherz auffassen oder den Staatsanwalt in Tätigkeit setzen solle.

Anzeichen dafür, daß noch nicht alles politisch ruhig ist, konnte man aus Berichten ersehen, daß verschiedene hohe Beamte sich hinsichtlich des Verhaltens gegenüber einem Nichtangriffs-Pakt mit Rußland und über Rumäniens Haltung zur Abrüstungsfrage nicht einig seien.

Zur internationalen Notlage. Die wirtschaftliche Notlage, das Weltproblem der Arbeitslosigkeit und andere Zustände, unter denen alle Länder zu leiden haben, wurden von Papst Pius als Gegenstände für Predigten in den katholischen Kirchen während der Fastenzeit angeregt. Das Gotteswort, daß der Mensch durch die gleichen Dinge heimgesucht werden soll, in denen er sich versündigte, habe sich bewahrheitet, erklärte der Papst. Ereignisse haben die Ohnmacht des Menschen gezeigt und dargetan, daß Hilfe von Gotteshand unentbehrlich ist.

Fortfahrend betonte der Papst: „Ein neues Heidentum besteht, ein Materialismus in allen Lebenswegen. Menschen denken noch, daß Geld alles sei. Sie suchen es als ein Mittel zur Befriedigung von Genußsucht, zur Erlangung von Macht und Herrschaft. Wie St. Gregor der Große sagte: des Menschen Reichtümer werden ihm zu Dornen".

Unter Hinweis auf die Abrüstungskonferenz wird vom Papste hervorgehoben, die Welt wärte gespannt auf Ergebnisse, doch ihre Hoffnungen würden durch Leiden gedrückt. Alles aber sei in der Hand Gottes.

„Mitten in all dieser Not, in Konflikten und Armut wird niemals ein Auge gen Himmel gerichtet. Trostreich ist das Wiederaufleben von Wohltätigkeit und der Eifer, Beistand zu leisten. Statistische Aufzeichnungen von Arbeitslosigkeit und wirklichem Hunger, in etlichen Ländern tatsächlich überwältigend, zeigen deutlich die Notwendigkeit der Hilfe Gottes. Zahlreiche Gesuche kommen an den Vatikan, die von Elend, Armut und Hunger zeugen, doch der Glaube fehlt und um so schwärzer zeigt sich die Armut der Seele."

Der Papst befürwortet, daß die Fastenpredigten nicht Pessimismus, sondern Optimismus und Kräftigung der Seelen lehren sollten.

Gründung eines Mandschustaates? Eine Gruppe von chinesischen Führern, die im Gebäude der Fengtien-Regierung zu Mukden in geheimer Sitzung tagt, letzte unter Aufsicht zahlreicher japanischer „Berater" die Verhandlungen über die Bildung eines getrennten mandschurischen Staates fort. Die japanische Zivil- und Militärbeamten erklären, daß sie bei den Verhandlungen unparteiische Zuschauer seien, doch sind fremde Beobachter der Ansicht, daß die Anwesenheit der vielen japanischen Berater und die außergewöhnlich rege Tätigkeit im Hauptquartier von General Schigern Honjo, Tokios Gouverneur für die Mandschurei, beträchtliches japanisches Interesse an den Verhandlungen verraten.

General Mah Chan Schan, der die chinesische Verteidigung von Tsitsihar zu Beginn der mandschurischen Kampagne leitete, traf von Harbin ein, um an den Diskussionen teilzunehmen. Er machte die Reise im Flugzeug. Der General erklärte, der chinesische Widerstand gegen die kürzliche Besetzung von Harbin sei durch ein Mißverständnis geschehen, das inzwischen aufgeklärt worden sei.

Die Verhandlungen werden von einem so dichten Geheimnis umgeben, daß es unmöglich war, festzustellen, ob die chinesischen Führer nur versammelt wurden, um lediglich Pläne zu akzeptieren, die von ihren japanischen Ratgebern ausgearbeitet worden sind.

Wenn — — ja wenn die Zensur nicht wäre!

D. A. J. Die Lage im Memelgebiet ist gespannt. Die deutsche Presse berichtet von litauischen Verschwörerversuchen, die Autonomie des Memelgebiets zu vernichten. Der an allen diesen Dingen nicht unbeteiligte litauische Gouverneur von Memel, der frühere litauische Kriegsminister Merkys unternimmt eine Entlastungsoffensive, indem er den Landtagspräsidenten Böttcher und den deutschen Parteiführer Gubba wegen ihrer Reisen nach Berlin des Hochverrats verdächtigt — freilich ohne das Vertrauen der Memelländer dadurch erschüttern zu können, daß dem Landtagspräsidenten bei 26 Stimmabgaben im Landtag gegen nur vier litauische Stimmen bestätigt ward!

Man sollte denken, daß da die deutsche Presse des Memelgebiets auch etwas dazu zu sagen hat. Sie würde es gewiß tun, wenn — ja wenn die Zensur nicht wäre! Das „Memeler Dampfboot" z. B. knüpft an den Zwischenruf des Arbeitervertreters Suhrau, der dem litauischen Redner Borchert in dieser politischen Vertrauensdebatte zurief: „Sie wollen bloß Präsident werden!" einige Bemerkungen. Aber es ist kaum 20 Zeilen weit gekommen, dahinter der Leitartikel fort: Wenn die Hausfrau irgendeinen Gegenstand aus Glas zerbrochen hat ... Wenn an dem Linoleumteppich oder Läufer die Ränder einreißen ... Wenn der Keller feucht ist ... Wenn die Teppiche an den Rändern lappig werden ... Wenn an den Schuhen aus weichem Leder sich vorne häßliche Knitze bilden ... Wenn ein Zimmer mit dem unangenehmen kalten Rauch von Zigarren oder Zigaretten erfüllt ist ... u. s. f. Und dann kommen sehr gute Rezepte, was die erfahrene Hausfrau rät, wenn solche gefährliche Dinge sich im Memelgebiet oder anderswo ereignen. Aber was man tun sollte, wenn eine dumme militärische Pressezensur in vollstem Frieden und bald 15 Jahre nach „Friedensschluß" die öffentliche Meinung knebelt — das darf die Memeler Presse natürlich nicht sagen.

Republikaner in Irland siegreich

Der Revolutionär Eamon de Valera erringt Mehrheit bei irischen Wahlen.

Dublin, 20. Februar. — Der Sieg der Fianna Fail Partei des Eamon de Valera wird jetzt bereits nichtamtlich zugegeben, da die bisher eingelaufenen Mitteilungen über die Wahlergebnisse im Freistaate Irland ihr über die Regierungspartei des gegenwärtigen Präsidenten William T. Cosgrave eine bestimmte Pluralität zugestehen.

Aus den 146 Wahlkreisen fehlen die Ergebnisse nur noch von 16, und ohne diese verfügt die Fianna Fail über 16 Sitze mehr als die Regierungspartei im neuen Parlament.

Beide Hauptparteien haben Anhänger unter anderen politischen Richtungen. Die Arbeiter gehen mit der Fianna Fail und die Farmer

Das irische Wahlergebnis.

Die letzten Wahlergebnisse in Irland sind folgende:

Fianna Fail (Valera)	68
Regierung (Cosgrave)	53
Arbeiter	7
Unabh. Arbeiter	2
Unabh. und Farmer	15

sind Unabhängigen mit der Regierungspartei. Fianna Fail hat 61 Parlamentssitze gewonnen und die Arbeiter 9, im ganzen 70; ihre Gegner, die Regierungspartei, verfügt über 45 Sitze und deren Mitläufer, die Unabhängigen, über 10 und die Farmer über 5, im ganzen 60, so daß die Mehrheit der Anhänger de Valeras zehn Sitze beträgt.

Später änderte sich das Verhältnis dahin, daß die Regierungspartei ihre Gesamtsitze auf 62 brachte und die Fianna Fail die ihren auf 71.

Alle Minister sind mit Ausnahme des Industrieministers McGilligan, wiedergewählt worden. Im Wahlkreis des Industrieministers wird bis heute abend die Vervollständigung der Zählung erwartet.

Die Arbeiterschaft erlitt eine ernste Niederlage, als bekannt wurde, daß ihr Führer T. J. O'Connel von South Mayo geschlagen wurde.

Die Abstimmung hat bereits gezeigt, daß die Fianna Fail Partei eine Zunahme an Stimmen von 120,000 gegenüber der letzten Parlamentswahl zu verzeichnen hat. Alle Mitglieder des versuchsweise aufgestellten Kabinetts de Valeras sind erwählt worden.

Sieben Eskimodörfer weggeschwemmt.

Nome, Alaska. — Die winterliche Eiswüste nördlich von Muskowin verhüllt die Spuren eines tragischen Flutenheils, das dem Vernehmen nach sieben Eskimodörfer weggeschwemmt hat. Man kann zahlreiche Leichen im Eise eingefroren sehen.

Nach allmählich durchgesickerten Nachrichten zu schließen wurde in den Tagen unmittelbar vor Weihnachten eine gewaltige Strecke Landes, möglicherweise mehrere hundert Quadratmeilen überschwemmt. Die Kunde wurde überland auf Hundeschlitten zur Yukon-Mündung getragen und dann per Post weiterbefördert; sie läßt ersehen, daß unmittelbar nach den Sturmfluten und Ueberschwemmungen das grimmigste Frostwetter eintrat.

Am schlimmsten sind die Festlandniederungen östlich von Nelson Island, die bei Fluten immer am schlimmsten wegkommen, heimgesucht worden, weil es dort wenige Anhöhen gibt, auf die die Einwohner sich retten können, weshalb sie bei Ueberschwemmungen ertrinken, wie Ratten in einer Falle, die ins Wasser geworfen wird.

Man glaubt, daß die Nachricht nicht übertrieben ist, weil zur angegebenen Zeit Hochwasser und Fluten bis 250 Meilen weiter nördlich, in der Gegend von Nome, an der Küste der Seward-Halbinsel und am Gestade des Norton-Sunds, vorkamen.

Der russisch-norwegische Handelsstreit.

Ein Ereignis, das man in Oslo schon seit langer Zeit vorausgesagt hatte, trat kürzlich ein: der Abbruch sämtlicher Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Norwegen. Nach Ansicht norwegischer Wirtschaftskreise stellten die Russen Bedingungen, die für die Gegenseite unannehmbar wären. Sie verlangten unter anderem Ausnahmebestimmungen für ihre Handelsagenten sowie die bündige Zusicherung, daß künftig der monopolisierte norwegische Korn- und Weinhandel bis zu 90% ihre Einfuhr aus Rußland beziehen sollten. Grundsätzlich sollte das kleine Norwegen sich verpflichten, ebenso viele Waren aus Rußland zu beziehen wie die Sowjets aus Norwegen. Ferner sollte Norwegen Rußland für das Einfuhrverbot gewisser Waren Lizenzen erteilen.